Antrag 95/II/2025
KDV Steglitz-Zehlendorf
Der Landesparteitag möge beschließen:
Der Bundesparteitag möge beschließen:

Empfehlung der Antragskommission
Erledigt durch 96/II/2025 (Konsens)

Nie wieder heißt nie wieder: Listen von TINA*Personen verhindern

Die SPD-Mitglieder der Bundesregierung und die SPD-Fraktion im Deutschen Bundestag werden aufgefordert jedwede Form von Register, Datenbanken oder Listen, die explizit TINA* (trans*, inter, nichtbinäre, agender) Personen, ihre Geburtsnamen und/oder das ihnen bei Geburt zugewiesene Geschlecht zum Zwecke verwaltungstechnischer oder sonstiger Nutzung pauschal festhalten, zu verhindern. Abfrage von Geburts- oder früher genutzten Namen darf nur, wie es gängige Praxis ist, anlassbezogen und individualisiert abgefragt werden. Die SPD bekennt sich wiederholt und deutlich zu dem Grundsatz, dass kein Mensch aufgrund des Geschlechts, der sexuellen Orientierung und/oder Geschlechtsidentität und -ausdruck diskriminiert werden darf. Das Selbstbestimmungsgesetz und der damit verbundene Grundsatz der Selbstzuweisung der Genderidentität, die Istanbul-Konvention und die Menschenwürde sind für die SPD nicht verhandelbare Grundsätze, unabhängig von politischen Koalitionen oder öffentlichen Diskursen.

Begründung
Sog. „Rosa Listen“ wurden schon seit der Zeit des Kaiserreichs genutzt, um queere Menschen zu stigmatisieren und sie der Willkür der Strafverfolgung auszusetzen. Insbesondere zur Zeit des NS-Regimes wurden sie zur systematischen Verfolgung, Inhaftierung und Ermordung queere Menschen genutzt. Der Vorschlag des Bundesinnenministers Alexander Dobrindt von der CSU, ein gesondertes Register für Menschen zu schaffen, die das Selbstbestimmungsgesetz in Anspruch genommen haben, ist vollkommen inakzeptabel und erinnert an die dunkelsten Zeiten unserer Geschichte. Darüber hinaus können solche Daten dafür genutzt werden, Menschen in ihren geschützten Räumen zu bedrohen oder schlimmeres. Die SPD muss sich mit aller Kraft diesen und zukünftigen Bestrebungen entgegensetzen und sich klar gegen konservative und faschistische Hetze positionieren.